

Öffentlicher Dienst: Die Zukunft ist jetzt!

Gewerkschaftstag des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen

Das höchste Gremium des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen (DBB NRW), der Gewerkschaftstag, findet alle fünf Jahre statt. Am 20. und 21. Mai 2019 ist es wieder so weit. Neben den Vorstandswahlen wird die Politik der nächsten Jahre festgelegt. Zu der öffentlichen Veranstaltung werden zahlreiche Gäste aus dem Parlament und der Landesregierung erwartet.



Ulrich Silberbach



Roland Staude



Armin Laschet



Andreas Pinkwart

Die öffentliche Veranstaltung findet aus Anlass des Gewerkschaftstages am 21. Mai im Hotel Crowne Plaza in Neuss statt. Dort werden unter anderem der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, **Armin Laschet**, der Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion, **Ulrich Silberbach**, und der Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, **Prof. Dr. Andreas Pinkwart**, zu den rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sprechen. Zuvor hat der/die am Vortrag im Rahmen der Arbeitstagung gewählte/r Vorsitzende das Wort.

Unter der Moderation der Journalistin **Steffi Neu** wird im Anschluss eine Talkrunde zum Thema „Digitalisierung im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen“ stattfinden, an der **Dr. Marcus Optendrenk** MdL (CDU), **Thomas Kutschaty** MdL (SPD), **Ralf Witzel** MdL (FDP), **Matthi Bolte-Richter** MdL (Bündnis 90/Die Grünen) teilnehmen werden.

Am 20. Mai wird die Arbeitstagung mit den Wahlen des Vorstands des DBB NRW und der Antragsberatung stattfinden.

Zur Wahl kandidieren nach dem jetzigen Stand folgende

Mitglieder für die Funktionen innerhalb des Vorstandes:

Roland Staude (komba) als 1. Vorsitzender,

Jutta Endrusch (VBE) als 2. Vorsitzende,

Andreas Bartsch (PhV), **Himmel Ertürk** (vdla), **Achim Hirtz** (BSBD), **Erich Rettinghaus** (DPoIG) und **Andrea Sauer-Schnieber** (DSTG) als stellvertretende Vorsitzende,

Andreas Hemsing als Vorsitzender der DBB NRW Tarifkommission,

Stefan Behlau (VBE), **Rainer Hengst** (DSTG), **Hubert Meyers** (komba) und **Astrid Walter-Strietzel** (GdS) als weitere Mitglieder des Vorstandes.

Die Delegierten haben über vier Leitanträge, 13 Anträge zum Besoldungsrecht, 15 zur Besoldung, 20 zur Versorgung, fünf zur Mitbestimmung, zwölf zur Tarifpolitik, einen zum Arbeitsrecht, zehn zum Arbeitszeitrecht, neun zu Ausbildung/Laufbahnrecht, zwei zu lehrerspezifischen Forderungen, elf zum Sozialrecht, 17 zum Beihilferecht, 33 zu Beschäftigungsbedin-

2 Dienstrechtsreform 2.0

Leitantrag des geschäftsführenden Vorstandes des DBB NRW



3 Wettbewerb um die besten Köpfe

Interview mit dem Finanzminister des Landes NRW



8 dbb jugend nrw goes Europe

Frühjahrs-Landesjugendausschusstage in Kerkrade



gungen/Verschiedenes zu entscheiden.

In seinem Vorwort zum Geschäftsbericht anlässlich des Gewerkschaftstages blickt der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, Roland Staude, auf ereignisreiche und herausfordernde Jahre zurück, in denen der DBB NRW einiges für die

Beschäftigten im öffentlichen Dienst erreichen konnte.

So führt er unter anderem aus, dass der DBB NRW in den vergangenen Jahren den Dialog mit der Politik und der Landesregierung weiter intensivieren konnte. Sowohl mit der rot-grünen als auch nach dem Regierungswechsel im Mai 2017 mit der schwarz-gelben Lan-

desregierung wird ein regelmäßiger offener und konstruktiver Austausch gepflegt.

Digitalisierung ist längst kein Zukunftsthema mehr

Das ermöglichte es dem DBB NRW auch, wichtige Punkte in die Koalitionsverhandlungen einzubringen, insbesondere mit Fokus auf das Thema At-

traktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst.

„Die Digitalisierung ist längst kein Zukunftsthema mehr“, so Roland Staude, „das uns in den nächsten Jahren erreichen wird.“ Genau das soll das Motto des Gewerkschaftstages deutlich machen: **Öffentlicher Dienst: Die Zukunft ist jetzt!** ■

DBB NRW Gewerkschaftstag: Dienstrechtsreform 2.0

Leitantrag des geschäftsführenden Vorstandes des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen

Anlässlich des diesjährigen Gewerkschaftstages des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen am 20. und 21. Mai 2019 in Neuss hat der Vorstand einen Leitantrag gestellt, der hier in Auszügen veröffentlicht wird.

Das Berufsbeamtentum zählt in Deutschland zu den wichtigsten Stützpfählern und garantiert zu jeder Zeit die Funktionsfähigkeit des Staates. Ein Bekenntnis zum Berufsbeamtentum mit seinen hergebrachten Grundsätzen ist folglich auch in Zukunft zwingend notwendig. Insbesondere, da es in der Vergangenheit Bestrebungen gegeben hat, das ausgewogene Gleichgewicht an Rechten und Pflichten, das mit dem Berufsbeamtentum verbunden ist, zu stören. Beispielsweise wurde das Streikverbot des Berufsbeamtentums infrage gestellt.

Das Bundesverfassungsgericht hat jedoch Rechtssicherheit hergestellt und das Streikverbot zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums erklärt. Außerdem hat es die Mitwirkungsmöglichkeiten der Gewerkschaften und Berufsverbände gestärkt. Um diesen auch in der Praxis Geltung zu verschaffen, fordert der DBB NRW mehr Wertschät-

zung bei der Beteiligung im Gesetzgebungsverfahren.

Diese drückt sich zum Beispiel darin aus, dass bei Verbändebeteiligungen ein angemessener zeitlicher Vorlauf für die Bearbeitung der Vorlagen angesetzt wird und dass Reformen mit Ernsthaftigkeit verfolgt werden. Letzteres wird insbesondere dadurch konkretisiert, dass etwa ein Gebot der Ausgabenneutralität bereits im Vorfeld jede Reform zu einem „Reförmchen“ werden lässt.

Folgende Forderungen und Kernthemen sind für eine Dienstrechtsreform 2.0 maßgeblich:

1. Schutz der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums

Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums sind ein grundgesetzlich geschütztes Gut und als solches sind sie vor Angriffen von allen Seiten zu schützen. Nur so kann dau-

erhaft die Funktionsfähigkeit des Staates gewährleistet werden.

2. Attraktivitätsoffensive zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften

Tausende unbesetzte Stellen sind ein deutliches Signal: Der Fachkräftemangel nimmt immer weiter zu. Schon heute ist es in vielen Bereichen nicht mehr möglich, ausgeschriebene Stellen zu besetzen, und perspektivisch ist davon auszugehen, dass sich die Situation nicht verbessern, sondern eher noch verschlechtern wird, denn der demografische Wandel trifft den öffentlichen Dienst deutlich stärker als viele andere Bereiche. Um konkurrenzfähig gegenüber der Privatwirtschaft im Wettbewerb um die besten Köpfe zu werden, ist es wichtig, den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen. Dazu gehört als wichtiges Element eine leistungsgerechte, wettbewerbsfähige und zukunftsorientierte Besoldung. Gerade für junge Menschen sind neben der Besoldung aber auch viele weitere Aspekte entscheidend bei der Berufswahl: Ein modernes Arbeitsumfeld, gute Entwicklungsperspektiven sowie eine

ausgeglichene Work-Life-Balance müssen ebenfalls gewährleistet sein.

3. Verbesserung von leistungsgerechten Karriere- und Aufstiegsmöglichkeiten

Das aktuelle Dienstrecht bietet durch seine starren Vorgaben kaum die Chance, Aufstiegsmöglichkeiten wirklich leistungsgerecht auszugestalten, insbesondere haushaltsrechtliche Beschränkungen dürfen dem nicht entgegenstehen. Das macht den öffentlichen Dienst nicht nur für Bewerberinnen und Bewerber unattraktiv, sondern wirkt sich auch bei den bestehenden Beschäftigten negativ auf die Motivation aus. Eine Flexibilisierung und Verbesserung der Karriere- und Aufstiegsmöglichkeiten würde dagegen die Motivation und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, und insgesamt die Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern.

4. Entwicklung und Umsetzung eines ganzheitlichen Konzeptes zum Gesundheitsmanagement

Im Rahmen der Dienstrechtsreform wurde das Gesund-

heitsmanagement erstmalig im Landesbeamtengesetz verankert. Das ist grundsätzlich zu begrüßen, allerdings wurde auf die Definition von einheitlichen Mindeststandards verzichtet. In den meisten nordrhein-westfälischen Behörden wurde zwar ein Gesundheitsmanagement eingeführt, Umfang, Gewichtung und Qualität unterscheiden sich jedoch erheblich. Dabei trägt aktives Gesundheitsmanagement nachweislich dazu bei, die Arbeitsleistungen zu verbessern und Krankenstände zu senken. Ein ganzheitliches Gesundheitsmanagement muss zeitnah erarbeitet und unter Beachtung von Mindeststandards eingeführt und evaluiert werden. Ein ernsthaftes Gesundheitsmanagement muss zudem mit entsprechenden Haushaltsmitteln hinterlegt sein. Das muss sich auch bei der Beihilfe widerspiegeln, aus diesem Grund müssen

präventive Maßnahmen künftig auch beihilfefähig sein.

5. Weitere Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie

Verschiedene Arbeits- und Arbeitszeitmodelle bieten Eltern sowie auch pflegenden Angehörigen im öffentlichen Dienst ein hohes Maß an Flexibilität bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Jedoch müssen sie sich auch heute noch häufig zwischen Familie und Karriere entscheiden. Deswegen muss hier eine stetige Weiterentwicklung stattfinden und es müssen neue, moderne Arbeitsformen entwickelt werden. Dazu gehören Jobsharing genauso wie Telearbeit und Homeoffice – auch in Führungspositionen. Ebenso muss in diesem Zusammenhang auch der Begriff der Arbeitszeit neu definiert werden.

6. Absenkung der Arbeitszeit

Die Arbeitszeit von Beamtinnen und Beamten in Nordrhein-Westfalen ist mit in der Regel 41 Stunden eine der höchsten Wochenarbeitszeiten in Deutschland. Das ist alles andere als zeitgemäß und schwächt die Attraktivität des öffentlichen Dienstes massiv. Eine Absenkung der Wochenarbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten im öffentlichen Dienst ist zwingend notwendig und zudem auch längst überfällig. Interessante Ansätze können sich aus einer Kombination der Absenkung der Arbeitszeit mit der Einführung von Lebensarbeitszeitkonten ergeben.

7. Sicherung der Altersversorgung

Besoldung und Versorgung bilden beim Alimentations-

prinzip eine Einheit. Auch mit Blick auf die Attraktivität des öffentlichen Dienstes stellt die Versorgung einen wichtigen Aspekt dar. Folglich sind die Sicherung der Bemessung der Pensionshöhe sowie eine Beibehaltung des Prinzips der Versorgung aus dem letzten Amt zwingend notwendig. Damit dies auch zukünftig gewährleistet werden kann, ist eine adäquate Vorsorge unerlässlich – auch im Sinne einer Generationengerechtigkeit. Aus diesem Grund müssen die Zuführungen zum Pensionsfonds deutlich angehoben werden. Mindestens aber müssen die Mittel zugeführt werden, die von den Beamtinnen und Beamten durch den 1,6-prozentigen Besoldungs- und Versorgungsverzicht selbst zu diesem Zweck aufgebracht werden. Diese Summe beläuft sich in 2019 auf etwa 600 Millionen Euro. ■

Interview

Der Wettbewerb um die besten Köpfe ist intensiver geworden

Interview mit dem Minister der Finanzen des Landes, **Lutz Lienenkämper**

DBB NRW Magazin: Am 22. März wurden die Besoldungsgespräche mit einem durchaus akzeptablen Ergebnis abgeschlossen. Wie beurteilen Sie das Ergebnis?

Lutz Lienenkämper: Wir haben als neue Landesregierung durch unsere Finanzpolitik Haushaltsspielräume geschaffen. Gleichzeitig hat sich die Einnahmeseite durch die noch guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen positiv entwickelt. Den sich aus beidem

ergebenden Gestaltungsspielraum haben wir aus voller Überzeugung dazu genutzt, um bei der Frage der Übernahme des Tarifiergebnisses auf den Beamten- und Versorgungsbereich eine 1:1-Übernahme vorzuschlagen. Damit geht allerdings eine enorme Anstrengung für den Landshaushalt einher. Wir reden über die Laufzeit von fast 5,4 Milliarden Euro an zusätzlichen Kosten, und zwar für den Beamten- und den Tarifbereich. Neben den Bereichen In-



Roland Stauder und Lutz Lienenkämper

© FM NRW

nerer Sicherheit, Infrastruktur, Digitalisierung, Bildung und Kibiz ist dies einer der größten zusätzlichen Ausgabenblöcke der neuen Landesregierung.

Das geht also fast schon leicht über die Grenze des Machbaren hinaus, ist aber trotzdem absolut angemessen und zeigt unsere hohe Wertschätzung der sehr guten Arbeit unserer Beamtinnen und Beamten.

DBB NRW Magazin: Dafür an dieser Stelle auch mal herzlichen Dank. Der Tarifabschluss und die Übernahme für den Beamtenbereich stellt sicherlich zum einen eine Wertschätzung gegenüber dem öffentlichen Dienst in NRW dar, zum anderen aber ist es auch eine Notwendigkeit im Kampf um die besten Köpfe. Wie kann in diesem Zusammenhang die Attraktivität des öffentlichen Dienstes noch zusätzlich gesteigert werden?

Lutz Lienenkämper: Natürlich spüren auch wir, dass der Wettbewerb um die besten Köpfe intensiver geworden ist. Aber ich sage auch: Der öffentliche Dienst in Nordrhein-Westfalen muss sich nicht verstecken, im Gegenteil. Wir sind ein attraktiver Arbeitgeber, nicht zuletzt angesichts hervorragender Ausbildungen, interessanter Weiterentwicklungsmöglichkeiten und spannender, vielfältiger Aufgaben, die wichtig für das Gemeinwesen sind, die aber auch Spaß machen. Trotzdem ist es ein Wettbewerb, in dem wir stehen, und da können wir noch besser werden.

Bei unseren Attraktivitätsüberlegungen haben wir jedoch zwischen finanzwirksamen und anderen Überlegungen zu unterscheiden. Ich befürchte, dass es in der Laufzeit dieses Tarifabschlusses kaum Spielraum für weitere finanzwirksame Strukturveränderungen geben wird. Insbesondere vor dem Hintergrund sich eintrübender Konjunkturprognosen

müssen wir damit rechnen, dass die Spielräume enger werden.

Allerdings haben wir eine ganze Reihe von anderen Möglichkeiten, die Attraktivität zu stärken. Das ist ja auch ein Teil der Vereinbarungen der Landesregierung mit den Gewerkschaften gewesen. Wir wollen über diesen Bereich weiter miteinander sprechen und nachdenken. Hier kann ich mir vieles vorstellen, beispielsweise eine weitere Flexibilisierung und Unterstützung von bedarfsgerechten Heimarbeit- beziehungsweise Telearbeitsmöglichkeiten.



DBB NRW Magazin: Es ist für uns wichtig, dass im Rahmen der Besoldungsgespräche zum Ausdruck gekommen ist, dass während der noch 30-monatigen Laufzeit kein Stillstand herrschen soll, sondern dass wir im Dialog bleiben. Sie haben die Laufzeit bis 2021 angesprochen. Das führt zwangsläufig zum Thema demografischer Wandel.

Der demografische Wandel in der Landesregierung hat bis 2024 steigend extreme Auswirkungen hinsichtlich der Be-

schäftigten und auch in den Leitungsfunktionen. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Nachwuchsgewinnung. Müssen wir uns daran gewöhnen, dass es immer mehrere Tausend Leerstellen in NRW gibt oder wie kann diesen Auswirkungen entgegengewirkt werden?

Lutz Lienenkämper: Ich stimme Ihnen zu, dass es sich hierbei um eine große und fordernde Aufgabe handelt. In der Finanzverwaltung haben wir ihr uns erfolgreich mit unserer Ausbildungsoffensive gestellt. Die vorherige Landesregierung hat zurecht die Zahl der Ein-

auch ein Element, das wir in Zukunft miteinander besprechen müssen.

Zudem setzen wir aktuell unsere Ausbildungsoffensive fort. In der Vergangenheit ist eine ganze Zeit lang zu wenig eingestellt worden. Das kann man nicht in einem Schritt aufholen. Wir sind also immer noch dabei, das aufholende Momentum zu realisieren. Das aber mit großen Anstrengungen.

DBB NRW Magazin: Was auffällt ist, dass der Begriff der klassischen Dienstrechtsreform kaum noch angewendet wird. Alle sprechen nur noch

stellungen bereits erhöht. Wir haben diesen Weg fortgesetzt und kommen 2019 auf fast 1500 Neueinstellungen im Bereich der Finanzverwaltung. Dennoch werden die neu Eingestellten logischerweise nicht gleich Führungspositionen übernehmen können. Deshalb liegt unser Augenmerk auch auf der Personalentwicklung. Wir als Finanzverwaltung haben deshalb den Prozess für ein neues Personalentwicklungskonzept gestartet, das neue Perspektiven und Möglichkeiten aufzeigt. Sicherlich

von Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung. Ende letzten Jahres haben Sie die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten angekündigt. Ein sicherlich nicht einfaches Projekt, wenn man sich die Vielfalt der Beschäftigungssituationen in einer Landesverwaltung betrachtet. Gibt es schon konkrete Ansätze und wann werden die Gewerkschaften eingebunden?

Lutz Lienenkämper: Ich möchte hier ganz bewusst unseren gemeinsamen Gesprächen

nicht vorgehen. Wir haben vereinbart, dass wir das Thema Attraktivität mit all seinen Facetten miteinander in Ruhe besprechen werden. Wir sollten diese kluge Vereinbarung gemeinsam mit Leben füllen und wechselseitig unsere Vorstellung miteinander abgleichen und übereinanderlegen. Da kann das Thema Lebensarbeitszeitkonten eine Rolle spielen, aber eben viele andere Ideen auch.

DBB NRW Magazin: Stichwort: Schuldenbremse. Ab 2020 muss auch das Land die verfassungsrechtliche Vorgabe zur Schuldenbremse erfüllen. Sehen Sie bei der Einhaltung der Kriterien Probleme?

Lutz Lienenkämper: Wir haben als Landesregierung die Haushaltswende schon jetzt geschafft. Statt neuer Schulden wie in allen Haushalten seit 1973 haben wir schon im ersten Gestaltungshaushalt 2018 eine schwarze Null geplant und im Vollzug sogar Überschüsse erzielt. So geht es weiter. Für 2019 stehen leichte Überschüsse im Haushalt und wir wollen über die gesamte Legislaturperiode keine neuen Schulden aufnehmen. Dies tun wir nicht nur, weil wir ab 2020 die Schuldenbremse einhalten wollen und müssen. Wir sind vielmehr der festen Überzeugung, dass es eine Frage der Generationengerechtigkeit ist, Haushaltsdisziplin zu beweisen, wenn die Möglichkeiten hierzu bestehen. Wir sind also auf die Schuldenbremse gut vorbereitet.

Klar ist aber auch: So etwas funktioniert nur mit Konsolidierungsmaßnahmen. Das muss man ganz offen ansprechen. Es wäre unverantwortlich, diese Seite völlig aus dem Blick zu verlieren. Insbesondere jetzt, wo wir uns aufgrund der jüngsten Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in einem unsicheren Prognosezeitraum befinden. Gerade ist die Prognose für das

Wirtschaftswachstum 2019 auf ein Wachstum von 0,5 Prozent beim BIP zurückgefahren worden. Zur letzten Steuerschätzung ging man noch von deutlich größeren Steigerungsraten für 2019 aus. Für 2020 muss man sich das nun noch einmal genau anschauen. Alle gehen davon aus, dass sich dieses Bild schon in der Mai-Steuerschätzung niederschlagen wird. Ich will den Teufel nicht an die Wand malen. Aber diese Zahlen legen uns umso mehr nahe, sehr solide zu wirtschaften.

DBB NRW Magazin: Ein letztes Thema ist das Hamburger Modell. Wir merken, dass wir viele Nachfragen zu diesem Thema bekommen. Da gibt es jetzt einen Gesetzesänderungsantrag der SPD, in dem diese bei Einführung mit Mehrausgaben von zwölf bis 13 Millionen Euro für den Landeshaushalt rechnet. Dann gibt es einen Antrag der Grünen. Wie ist Ihre Position zum Hamburger Modell?

Lutz Lienenkämper: Wir haben uns natürlich mit dem Thema im Plenum intensiv befasst. Allerdings haben die Koalitionsfraktionen bereits in der ersten Diskussionsrunde deutlich gemacht, dass sie erhebliche Bedenken gegen diese Vorschläge haben. Diese sind in allererster Linie strukturbedingt. Denn die Vorschläge wirken auf die Struktur unseres Versicherungswesens. Ich teile das und habe meine großen Zweifel, ob solche tiefgreifenden Änderungen den Nutzen rechtfertigen. Ähnliches gilt im Hinblick auf die Haushaltsauswirkungen: Auch hier habe ich meine Zweifel, dass sie in Relation zu etwaigen Erleichterungen stehen. Deswegen ist es auch kein Geheimnis, dass ich der Intention hinter dem Hamburger Modell skeptisch gegenüberstehe und momentan auch keine Mehrheit dafür im Landtag sehe.

DBB NRW Magazin: Vielen Dank für das Gespräch. ■

Aktueller Rückblick auf eine bewegte Zeit

Sitzung der DBB NRW Kreis- und Stadtverbände

Die Vorsitzenden der DBB NRW Kreis- und Stadtverbände kamen in Düsseldorf zum regelmäßigen Austausch zusammen. Themen waren u. a. die Besoldungsgespräche, der anstehende Gewerkschaftstag und die Arbeit in den einzelnen Verbänden.



Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Streikverbot für Beamtinnen und Beamte sowie die kürzlich geführten Besoldungsgespräche – das waren die Schwerpunkte des Berichts zur „Aktuellen Lage im öffentlichen Dienst“ von **Roland Staudé**, 1. Vorsitzender des Deutschen Beamtenbun-

des Nordrhein-Westfalen (DBB NRW). Insbesondere der Ablauf und die Ergebnisse der Besoldungsgespräche trafen dabei auf großes Interesse. „Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass wir eine inhalts- und vor allem zeitgleiche Übertragung erreichen konnten“, erklärte Roland Staudé. „Wichtig ist

außerdem, dass wir eine verbindliche Gesprächszusage zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes erreicht haben. Das bedeutet, dass wir keinen Stillstand bis zur nächsten Runde haben.“

Viel Raum nahm auch der anstehende Gewerkschaftstag

des DBB NRW ein. Dieser findet am 20. und 21. Mai 2019 in Neuss statt. Dort werden nicht nur der neue Vorstand gewählt, sondern auch die Leitlinien für die Arbeit der kommenden fünf Jahre festgelegt. Die Kreis- und Stadtverbände sind als stimmberechtigte Delegierte geladen und können so aktiv die Gewerkschaftspolitik des DBB NRW beeinflussen.

Zuletzt berichteten die anwesenden Vorsitzenden aus ihren Kreis- und Stadtverbänden. Dabei waren die Erfahrungen sehr unterschiedlich. Während beispielsweise der gerade wieder aktivierte Stadtverband Remscheid von den Fortschritten seiner Aufbauarbeit berichtete, konnten andere von Gesprächen mit der lokalen Politik sowie von absolvierten Seminaren und Freizeitaktivitäten berichten.

JM

Politik soll nicht wieder mit Reformen und purem Aktionismus ausbremsen

Interview mit dem langjährigen Vorsitzenden des PhV NRW, Peter Silbernagel

Peter Silbernagel legte nach 17 Jahren als Vorsitzender des Philologen-Verbandes Nordrhein-Westfalen (PhV NRW) sein Amt nieder. Sabine Mistler wurde am 29. März 2019 – wie in der letzten Ausgabe berichtet – zur neuen Vorsitzenden gewählt. Am Rande der Tagung führte das DBB NRW Magazin ein kurzes Interview mit dem scheidenden Vorsitzenden.



Peter Silbernagel

© PhV NRW

DBB NRW Magazin: Wie lange waren Sie im Philologen-Verband in Nordrhein-Westfalen tätig?

Peter Silbernagel: Insgesamt sind es inzwischen fast vier Jahrzehnte. 1981 habe ich begonnen und bin seit 17 Jahren als Vorsitzender des PhV NRW tätig.

DBB NRW Magazin: Eine beachtliche Leistung, Sie waren aber auch in der dbb Jugend aktiv?

Peter Silbernagel: Ja, das gehört mit dazu. Die traditionellen Stadien habe ich durchlaufen. Erst habe ich mich innerhalb der Junglehrer-Organisation und dann, nicht nur

innerhalb des Verbandes, sondern auch im Deutschen Beamtenbund auf Bundes- und Landesebene engagiert.

DBB NRW Magazin: Sie hinterlassen große Fußstapfen, zumindest wenn man dies als Außenstehender betrachtet. Für den DBB NRW und für die interessierte Öffentlichkeit wa-

ren Sie stets das Gesicht Ihres Verbandes.

Peter Silbernagel: Es geht nach einem Wechsel dann weiter, wenn der Verband intern stabil ist und seine Ziele nach außen geschlossen vertritt. Und wenn die agierenden Personen mit Engagement, Leidenschaft und mit Herzblut dabei sind. Dann

wird es auch sicherlich gut weitergehen. Davon bin ich überzeugt.

DBB NRW Magazin: Was war Ihr persönlich größter Erfolg als Vorsitzender des PhV?

Peter Silbernagel: Das war in der jüngeren Vergangenheit die Bewältigung der doch sehr emotionalen Debatte um G8 und G9. Wir haben in der Diskussion immer deutlich gemacht, dass es gute Gründe für G8 gibt. Und dann, nach-

dem die Politik einen Wechsel in ihrer Position vorgenommen hatte, dass es auch gute Gründe für G9 gibt.

Diese Diskussion gemanagt zu haben und dass der Verband hier seinem Vorsitzenden nicht nur eine bestimmte Marschrichtung vorgegeben hat, ist auch etwas, das den Verband auszeichnet.

DBB NRW Magazin: Was wünschen Sie Ihrem Verband für die Zukunft?

Peter Silbernagel: Ich wünsche, auch im egoistischen Sinne, dass der Verband Erfolge einfährt. Dass wir für die Kolleginnen und Kollegen eine echte Entlastung erreichen. Dass die Politik sie nicht wieder mit Reformen und purem Aktionismus ausbremst und sie nicht immer wieder mit neuen Moden und Projekten, Aktionen und Herausforderungen konfrontiert und sie davon abhält, ihre eigentliche pädagogische Arbeit zu machen.

Dem Verband wünsche ich, dass er wie bisher eine klare Bildungspolitik betreibt, dass er dabei ein sympathisches Gesicht zeigt, dass er in öffentlichen Diskussionen offen auftritt und dass er damit nicht nur interessant, sondern auch überzeugend bleibt.

DBB NRW Magazin: Wir danken Ihnen für dieses Gespräch und wünschen Ihnen Gesundheit und Glück auf Ihrem weiteren Lebensweg. ■

DBB Kreisverband Dortmund: Kreishauptvorstandssitzung

Ende März fand in den Räumen der komba Geschäftsstelle in Dortmund die diesjährige Sitzung des DBB Kreisverbandes Dortmund statt.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden **Frank Kalkau** wurde der Beauftragte des DBB NRW für die Kreis- und Stadtverbände, **Reiner Krieger**, vorgestellt. Er erläuterte seine Aufgaben und Ziele.

Die stellvertretende Vorsitzende des DBB NRW, **Andrea Sauer-Schieber**, referierte im Anschluss über die vergangene Einkommensrunde und wies

darauf hin, dass der erfolgreiche Abschluss auch nur unter dem Druck der Mitglieder zustande kam. Hier sei besonders auf die gemeinsame Demonstration in Düsseldorf zu verweisen, an der Tausende von Mitgliedern teilgenommen haben.

Nach Abarbeitung der Tagesordnung wurde die Sitzung bei einem gemütlichen Imbiss geschlossen. ■



Stehend: Andrea Sauer-Schieber, links (nicht verdeckt): Reiner Krieger und im gelben Pullover Frank Kalkau

Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf, Roland Staude (Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@DBB-nrw.de. **Internet:** www.DBB-nrw.de.

Chefredakteur: Joachim Klein (JK). **Redaktion:** Johanna Muschalik (JM), Julia Dalhoff-Scherek (JDS), Markus Klügel (MK).

Bildredaktion: Tanja Henze.

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.DBBVerlag.de. **E-Mail:** kontakt@DBBVerlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@DBBVerlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714.

Anzeigenposition: Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 41, gültig ab 1.10.2018.

Ständige Beilage: dbb magazin. ISSN 1438-2989

Postvertriebsstück G 6051 • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“



„Wir sind Europa“: Der Frühjahrs-LJA der dbb jugend nrw stand ganz im Zeichen von Europa.

dbb jugend nrw goes Europe

Frühjahrs-Landesjugendausschuss tagte im niederländischen Kerkrade

Rund 80 junge Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler der dbb jugend nrw, der Jugendorganisation des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, ließen beim Frühjahrs-LJA den Tagungssaal im niederländischen Kerkrade aus allen Nähten platzen. Neben den aktuellen Entwicklungen des Verbandes fand ein Austausch über Gewalt im öffentlichen Dienst statt – mit eigens angereisten Gästen europäischer Partnergewerkschaften. Auch eine Abgeordnete des europäischen Parlaments stellte sich den Fragen der Gewerkschaftsjugend.

Malerische Kulisse für die diesjährige Frühjahrstagung der dbb jugend nrw am 5./6. April bildete die Abtei Rolduc im niederländischen Kerkrade bei Aachen. Der Einladung in die deutsch-niederländisch-belgische Grenzregion folgten neben

Vertreterinnen und Vertreter der nordrhein-westfälischen Kreis- und Fachgewerkschaftsjugendgruppen auch Repräsentanten befreundeter Landesjugenden aus Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz.

Die niederländische Gastfreundschaft in den altherwürdigen Klostermauern machte die europäische Verbundenheit spürbar. Beste Voraussetzungen für die inhaltsstarke Podiumsdiskussion zum Thema Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst: Vertreter befreundeter

Gewerkschaften aus den Niederlanden, der Ukraine und Österreich waren eigens angereist, um von den Herausforderungen und Erfolgen ihres gewerkschaftlichen Engagements gegen Gewalt am Arbeitsplatz zu berichten.

Dabei wurde neben vielen länderübergreifenden Gemeinsamkeiten und Unterschieden auch das Potenzial sichtbar, von den positiven Entwicklungen anderer Länder zu lernen. Der anschließende Vortrag der Aachener Europaabgeordnete

ten **Sabine Verheyen** (CDU) zur Bedeutung des europäischen Parlaments stärkte ebenfalls den Geist europäischer Verbundenheit und Zusammenarbeit.

Nach so intensiver inhaltlicher Arbeit ließen sich die jungen Ehrenamtler abends nicht zweimal zum Feiern bitten. In der stylischen Kulisse inmitten des Kerkrader GaiaZOOs zeigten sie den Pandas und anderen Tieren in den benachbarten Gehegen, wie man „die Sau rauslässt“.

MK



Die Podiumsdiskussion zum Thema „Gewalt“ war mit internationalen Experten besetzt.